

Boss, Alfred; Meier, Carsten-Patrick; Oskamp, Frank; Scheide, Joachim

Article — Digitized Version

## Deutschland im Aufschwung

Die Weltwirtschaft

**Provided in Cooperation with:**

Kiel Institute for the World Economy – Leibniz Center for Research on Global Economic Challenges

*Suggested Citation:* Boss, Alfred; Meier, Carsten-Patrick; Oskamp, Frank; Scheide, Joachim (2005) : Deutschland im Aufschwung, Die Weltwirtschaft, ISSN 0043-2652, Springer, Heidelberg, Iss. 4, pp. 409-431

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/3760>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

Vorabdruck aus

## Die Weltwirtschaft 2005, Heft 4

Vierteljahresschrift des Instituts für Weltwirtschaft  
an der Universität Kiel  
Herausgegeben von Dennis Snower

### Deutschland im Aufschwung

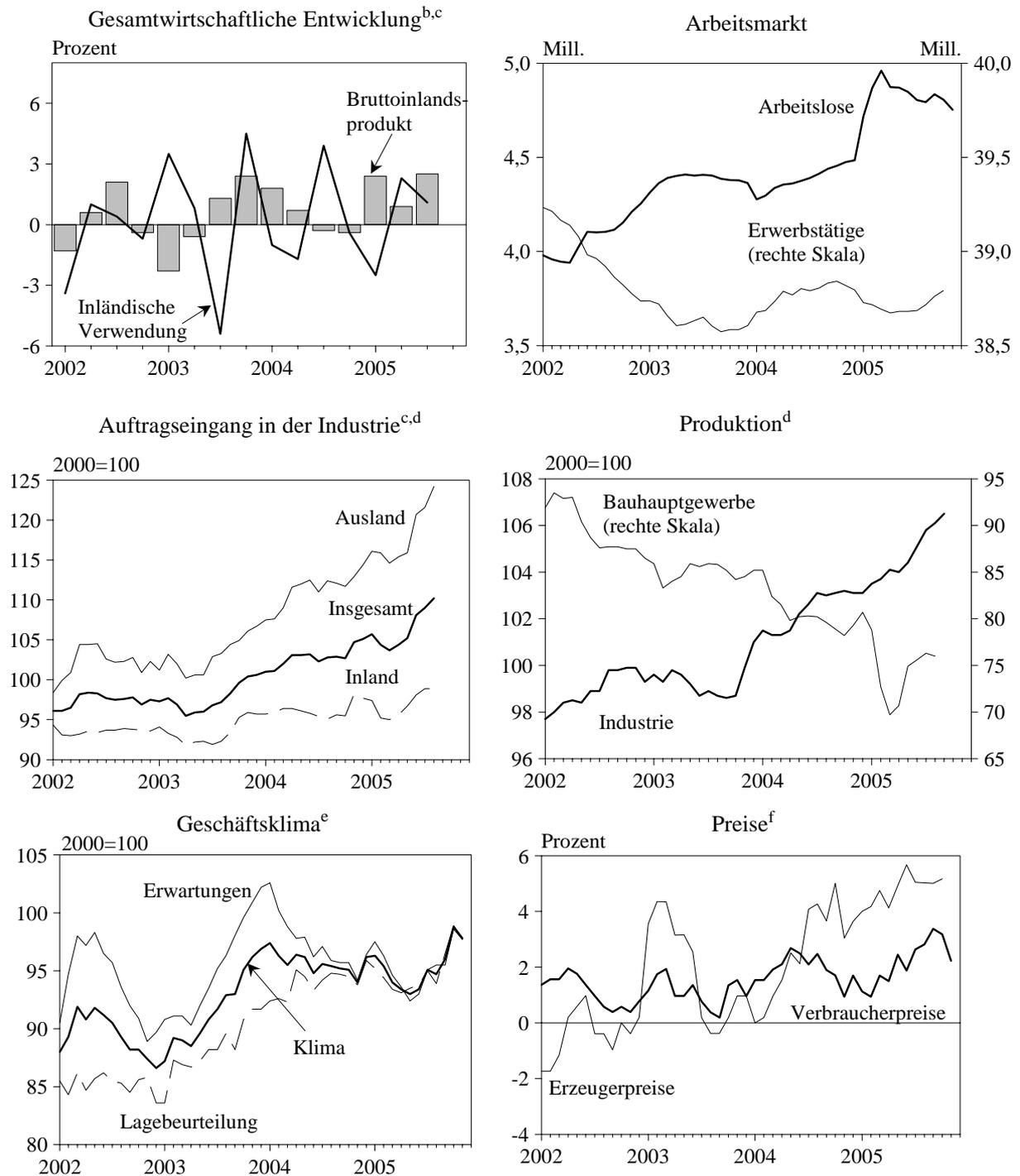
Von *Alfred Boss, Carsten-Patrick Meier, Frank Oskamp* und *Joachim Scheide*

Die deutsche Wirtschaft hat im dritten Quartal 2005 ihre seit Frühjahr 2004 andauernde Schwächephase überwunden, das reale Bruttoinlandsprodukt stieg mit einer laufenden Jahresrate von 2,5 Prozent sogar recht kräftig (Abbildung 1). Vor allem die Exporte expandierten sehr rasch, mit einer Rate von 20 Prozent. Hier machte sich neben der Abwertung des Euro bemerkbar, dass mittlerweile eine Reihe von Ölförderländern ihre drastisch gestiegenen Einnahmen zum Kauf von Investitionsgütern insbesondere auch in Deutschland verwenden. Merklich zügiger wurden darüber hinaus im vergangenen Vierteljahr auch die Unternehmensinvestitionen ausgeweitet. Der Investitionsaufschwung scheint dabei an Breite zu gewinnen; während sich die Aufwärtstendenz bei den Ausrüstungsinvestitionen, die vor einem Jahr eingesetzt hatte, fortsetzte, schwächte sich gleichzeitig die Abwärtstendenz bei den gewerblichen Bauinvestitionen ab. Beim privaten Verbrauch setzte sich die Schwächephase fort; die privaten Haushalte schränkten ihre Konsumausgaben das dritte Quartal in Folge ein. Dabei spielte eine Rolle, dass infolge der abermaligen Ölverteuerung erneut ein größerer Teil des verfügbaren Einkommens für Energieträger aufgewendet werden musste.

Die Lage am Arbeitsmarkt ist nach wie vor ungünstig. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ist weiter gesunken, wenn auch abermals verlangsamt. Die Arbeitslosigkeit geht zwar seit April zurück; dabei spielt aber eine deutliche Zunahme der „Ein-Euro-Jobs“ eine wichtige Rolle.

Der Verbraucherpreisanstieg hat sich nach der spürbaren Beschleunigung im August und September infolge der Ölpreiserhöhung und dem folgenden Anziehen der Preise für Treibstoff und andere Mineralölprodukte zuletzt beruhigt. Im November waren die Lebenshal-

Abbildung 1:  
Indikatoren<sup>a</sup> zur Konjunktur in Deutschland 2002–2005



<sup>a</sup>Saisonbereinigt. — <sup>b</sup>Veränderung gegenüber dem Vorquartal, laufende Jahresrate in Prozent. — <sup>c</sup>Real. — <sup>d</sup>Gleitender Dreimonatsdurchschnitt. — <sup>e</sup>Gewerbliche Wirtschaft. — <sup>f</sup>Veränderung in den vergangenen sechs Monaten auf Jahresrate hochgerechnet.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); ifo (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen.

tungskosten sogar leicht rückläufig, im Wesentlichen als Reaktion auf die Entwicklung am internationalen Rohölmarkt. Die Inflationsrate betrug im November 2,3 Prozent. Deutlich beschleunigt hat sich dagegen der Anstieg der Verbraucherpreise ohne Energie. Die daraus berechnete Kerninflationsrate lag im Oktober bei 1,3 Prozent, knapp einen halben Prozentpunkt höher als zwei Monate zuvor.

Die Frühindikatoren deuten zwar tendenziell auf eine weitere Beschleunigung der Konjunktur hin. So hat sich das Geschäftsklima deutlich verbessert, und die Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe sind kräftig gestiegen. Im November hat sich das Geschäftsklima aber wieder leicht eingetrübt, und bei den Auftragseingängen im verarbeitenden Gewerbe ist zu berücksichtigen, dass ein nicht unwesentlicher Anteil auf Großaufträge zurückgeht, die über einen längeren Zeitraum produktionswirksam werden. Zudem scheint das Ausmaß der Beschleunigung des Produktionsanstiegs im dritten Quartal – auf eine Rate, die immerhin mehr als 1 Prozentpunkt über der Wachstumsrate des Produktionspotentials liegt – die konjunkturelle Grundtendenz zu überzeichnen. So nahm die Industrieproduktion bei den Handelspartnern Deutschlands nur vergleichsweise moderat zu, und auch die Kapazitätsauslastung im verarbeitenden Gewerbe hätte auf einen geringeren Produktionsanstieg schließen lassen. Vor diesem Hintergrund rechnen wir damit, dass das reale Bruttoinlandsprodukt zum Jahresende nur geringfügig gestiegen ist; vor allem der Export und die Ausrüstungsinvestitionen dürften kaum zugenommen haben.

Im gesamten zweiten Halbjahr 2005 dürfte die Produktion gleichwohl stärker expandiert sein als vor drei Monaten von uns prognostiziert. Und der Anstieg dürfte auch im Verlauf des kommenden Jahres höher ausfallen als bisher erwartet – darauf deuten die jüngsten Indikatoren ebenfalls hin. Tatsächlich sind die Rahmenbedingungen für die Konjunktur günstiger geworden. So ist der Weltmarktpreis für Rohöl mit gegenwärtig etwa 55 US-Dollar um rund 10 US-Dollar niedriger als im September. Zudem hat der Euro real und effektiv an Wert verloren. Zwar wurden die Zinsen angehoben und weitere Zinserhöhungen sind zu erwarten – angesichts der üblichen Wirkungsverzögerungen wird dies die Konjunktur jedoch voraussichtlich erst im Jahr 2007 beeinflussen. Stimulierend wird sich im Jahr 2006 zudem auswirken, dass Konsumgüterkäufe in Erwartung der von der neuen Regierungskoalition für den Beginn des Jahres 2007 angekündigten Mehrwertsteuererhöhung um 3 Prozentpunkte vorgezogen werden. Alles in allem stellt sich unser Bild von der Konjunktur im kommenden Jahr damit dynamischer dar als im September. Im Jahresdurchschnitt dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt um knapp einen halben Prozentpunkt schneller zunehmen als bisher erwartet.

## Nachhaltige Konsolidierung der öffentlichen Finanzen?

Der Finanzpolitik ist es auch im Jahr 2005 nicht gelungen, das Budgetdefizit des Staates in Relation zum Bruttoinlandsprodukt unter die 3-Prozent-Marke zu drücken. Zwar wurden Ausgaben des Staates gekürzt, aber auch die Abgabenbelastung (Steuer- und Beitragsaufkommen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) wurde reduziert. Das Defizit beläuft sich im Jahr 2005 – gemessen am Bruttoinlandsprodukt – auf 3,5 Prozent.<sup>1</sup>

Für die Jahre 2006 und 2007 zeichnet sich bei gegebenen finanz- und sozialpolitischen Rahmenbedingungen ab, dass die 3-Prozent-Marke für das Budgetdefizit erneut überschritten würde. Die neue Bundesregierung beabsichtigt deshalb, die öffentlichen Haushalte zu sanieren, die Sozialkassen auf eine tragfähige Grundlage zu stellen und die Beschäftigung und das Wachstum der Wirtschaft zu steigern. Das Programm beinhaltet Abgabenerhöhungen, Kürzungen der Steuervergünstigungen, Einsparmaßnahmen, aber auch zusätzliche Ausgaben für bestimmte Zwecke sowie steuerliche Anreize zur Stärkung der Ausrüstungsinvestitionen. Die einzelnen Maßnahmen sollen zu verschiedenen Zeitpunkten in Kraft treten (Tabelle 1), sind teilweise aber noch nicht spezifiziert.

Wenn – wie zu erwarten – der Gesetzgeber zustimmt, wird der Regelsatz der Mehrwertsteuer zum Jahresbeginn 2007 um drei Prozentpunkte auf 19 Prozent, der Beitragssatz in der Rentenversicherung um 0,4 Prozentpunkte auf 19,9 Prozent erhöht. Dagegen wird der Beitragssatz in der Arbeitslosenversicherung Anfang 2007 um zwei Prozentpunkte auf 4,5 Prozent gesenkt. Im Rahmen des „Job-Gipfels“ im März 2005 waren eine Reduktion des Körperschaftsteuersatzes (von 25 auf 19 Prozent) und eine vergleichbare Entlastung der Nichtkapitalgesellschaften durch eine erhöhte Anrechnung der Gewerbesteuer- auf die Einkommensteuerschuld sowie eine Senkung der Erbschaftsteuer beim Betriebsübergang auf Erben vereinbart worden. Zur Finanzierung eines großen Teils der Steuersenkung sollten vor allem die Möglichkeiten eingeschränkt werden, Einkommensteuer durch die Beteiligung an

---

<sup>1</sup> Akzeptiert das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaft (Eurostat) wider Erwarten, dass die Zahlungen des Bundes an die Postpensionskasse als Ausgaben des Staates an den privaten Sektor eingestuft werden, so beträgt das Budgetdefizit 3,3 Prozent. Es fällt dann auch im Jahr 2006 etwas geringer aus als hier prognostiziert: Die Postbeamtenversorgungskasse hat etwa bis zum Jahr 2040 Anspruch auf Zuschüsse von den Postnachfolgeunternehmen (z.B. Telekom AG). Diese Zuschüsse dienen – zusammen mit Zuweisungen des Bundes – der Finanzierung der Pensionen der in diesen Unternehmen ehemals oder noch tätigen Beamten. Ein Teil der Ansprüche wurde verbrieft und im Sommer 2005 verkauft. Dies spülte 8,0 Mrd. Euro in die Kasse der Postbeamtenversorgungskasse. Der Bund musste deshalb im Jahr 2005 nicht – wie sonst erforderlich – 5 Mrd. Euro an die Versorgungskasse zahlen. Zudem „spart“ er im Jahr 2006: 3 Mrd. Euro. Allerdings muss er in der Zukunft umso höhere Zuschüsse leisten, weil die Postbeamtenversorgungskasse weniger Einnahmen haben wird. Insofern bedeutet die gesamte Transaktion, dass sich der Bund verdeckt verschuldet hat.

Tabelle 1:

Zeitpunkt des Inkrafttretens der im Koalitionsvertrag enthaltenen finanzpolitischen Maßnahmen 2006, 2007 und 2008<sup>a</sup>

	2006	2007	2008
Anhebung des Regelsatzes der Mehrwertsteuer (von 16 auf 19 Prozent)		x	
Erhöhung der Versicherungsteuer (von 16 auf 19 Prozent)		x	
Reduktion des Beitragssatzes in der Arbeitslosenversicherung (von 6,5 auf 4,5 Prozent)		x	
Anhebung des Beitragssatzes in der Rentenversicherung (von 19,5 auf 19,9 Prozent)		x	
Erhöhung des Spitzensatzes der Einkommensteuer (auf 45 Prozent ab zu versteuernden Einkommen <sup>b</sup> von 250 000 Euro/500 000 für Ledige/Verheiratete)		x	
Einschränkung der Möglichkeiten, Einkommensteuer durch die Beteiligung an bestimmten Fonds (durch Verlustverrechnung) zu „sparen“	x		
Abschaffung der Eigenheimzulage (mit „Bestandsschutz“)	x		
Gewährung der Investitionszulage in den neuen Ländern	x		
Reduktion des Sparerfreibetrags		x	
Verschärfte Besteuerung der Veräußerungsgewinne („Spekulationsgewinne“)		x	
Erhöhte Absetzbarkeit von Ausgaben für Dienstleistungen und Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen in Haushalten und für die Kinderbetreuung	x		
Kürzung der Entfernungspauschale		x	
Abschaffung der Mineralölsteuerbefreiung für Biokraftstoffe		x	
Sonstige Änderungen bei den Steuervergünstigungen (u.a. Rückstellungen für Jubiläumswendungen, Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit, Freibetrag für Abfindungen, Bergmannsprämien)	x		
Abschaffung der degressiven Abschreibung im Mietwohnungsbau (für „Neufälle“)	x		
Zulassung erhöhter Abschreibungsmöglichkeiten	x		
Reform der Unternehmensbesteuerung			x
Reduktion der Erbschaftsteuer bei Unternehmensfortführung		x	
Änderung der so genannten Ist-Besteuerung bei der Umsatzsteuer	x		
Kürzung der Finanzhilfen (u.a. Regionalisierungsmittel für den öffentlichen Personennahverkehr, „Gemeinschaftsaufgaben“)	x		
Änderung der Regelung des Arbeitslosengeldes II (u.a. Anhebung der Leistungen im Osten auf Westniveau, Verschärfung der Voraussetzungen für den Leistungsbezug)	x <sup>c</sup>		
Änderung der arbeitsmarktpolitisch motivierten Ausgaben			x
Einführung eines „Nachholfaktors“ in die Rentenformel		x	
Stärkung der privaten Altersvorsorge durch Begünstigung des Erwerbs und der Selbstnutzung von Wohnungen		x	
Kinderzulage zur Förderung der privaten Altersvorsorge			x
Verstärkte Familienförderung (einkommensabhängiges Elterngeld)		x	
Verstärkte Ausgaben für die Kinderbetreuung	x		
Verringerung der Ausgaben für die öffentliche Verwaltung	x		
Erhöhung der Ausgaben des Bundes für Forschung und Entwicklung	x		
Ausweitung der Verkehrsinvestitionen des Bundes	x		
Aufstockung des CO <sub>2</sub> -Gebäudesanierungsprogramms	x		
Regulierung der Arzneimittelpreise	x		
Mehrausgaben der sozialen Pflegeversicherung („Dynamisierung“)		x	
Mehrausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung		x	
Indirekte Anhebung des Beitragssatzes in der gesetzlichen Krankenversicherung		x	

<sup>a</sup>Teilweise nur vermutet; jeweils Jahresbeginn. — <sup>b</sup>Gilt nicht für gewerbliche Einkünfte. — <sup>c</sup>Wahrscheinlich ab 1. Juli 2006.

Quelle: Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD (2005); verschiedene Pressemeldungen.

bestimmten Fonds (z.B. Schiffs- und Medienfonds) zu „sparen“. Diese Maßnahmen werden – außer der Begrenzung der Steuersparmodelle und der Änderung der Besteuerung der Erbschaften – nicht in Kraft treten. Allerdings werden die Abschreibungsregelungen für Ausrüstungsinvestitionen (und sonstige Anlagen) in den Jahren 2006 und 2007 großzügiger ausgestaltet. Eine Reform der Unternehmensbesteuerung soll im Jahr 2008 verwirklicht werden. Eine durchgreifende Einkommensteuerreform ist nicht vorgesehen, allerdings wird im Jahr 2007 ein Steuerzuschlag auf hohe Einkommen (außer auf gewerbliche Einkünfte) eingeführt.

Viele Steuervergünstigungen werden nach dem Koalitionsvertrag reduziert. Die Eigenheimzulage wird abgeschafft, die Entfernungspauschale verringert, der Sparerfreibetrag gekürzt. Die Investitionszulage für die neuen Länder, die nur bis Ende 2005 gewährt werden sollte, wird allerdings weiterhin gezahlt. Die Maßnahmen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik sollen überprüft, die Förderung des öffentlichen Personennahverkehrs und die Zuschüsse des Bundes im Rahmen der so genannten Gemeinschaftsaufgaben sollen verringert werden. Die Ausgaben des Bundes für die öffentliche Verwaltung (darunter das Weihnachtsgeld für Beamte und Pensionäre) sollen reduziert werden. Einsparmaßnahmen sind im Bereich Krankenversicherung (insbesondere bei Arzneimitteln) und beim Arbeitslosengeld II vorgesehen; gleichzeitig wird aber das Arbeitslosengeld II bundeseinheitlich auf 345 Euro festgesetzt und damit erhöht.

Das Programm der Bundesregierung beinhaltet auch zusätzliche Ausgaben, obwohl die Kriterien nach dem Vertrag von Maastricht verfehlt werden und obwohl der Bundeshaushalt sowie die Haushalte vieler Länder nach unserer Einschätzung verfassungswidrig sind und es auch im Jahr 2006 sein werden. Eigentlich müssten demnach die Ausgaben deutlich gekürzt werden. Statt dessen soll die Familienförderung mit Wirkung ab 2008 intensiviert werden; hinzu kommen mit Wirkung schon im Jahr 2006 Maßnahmen zur Stärkung der Nachfrage nach Handwerksleistungen (in privaten Haushalten), zur Förderung der Gebäudesanierung und zur Unterstützung des Mittelstands. Mit der Absicht, das Wachstum zu stärken, sollen in den nächsten Jahren die Verkehrsinvestitionen des Bundes und die Ausgaben des Bundes für die Forschungsförderung deutlich ausgeweitet werden.

Einige der im Koalitionsvertrag enthaltenen Maßnahmen betreffen staatsinterne Transaktionen. So ist beabsichtigt, den Zuschuss des Bundes an die gesetzliche Krankenversicherung von 4,2 Mrd. Euro im Jahr 2006 auf null im Jahr 2008 zu verringern. Der Zuschuss des Bundes an die gesetzliche Rentenversicherung soll – anders als nach geltendem Recht – nur noch dann steigen, wenn der Beitragssatz angehoben wird. Diese Kürzungen haben zur Folge, dass die Einnahmen der Kranken- und der Rentenversicherung in den Jahren 2007 und danach nicht zur Finanzierung der Ausgaben ausreichen werden. Im Bereich der Krankenversicherung

ließe sich das Finanzierungsproblem zwar – wie angestrebt – durch eine Reform lösen. Konkrete Maßnahmen sind aber nicht vereinbart worden. Vermutlich wird im Jahr 2007 der Beitragssatz um 0,2 Prozentpunkte angehoben. In der gesetzlichen Rentenversicherung, deren Rücklagen aufgezehrt sind, vergrößert sich das mittelfristige Finanzierungsproblem, zumal die vom Bund für die Empfänger des Arbeitslosengeldes II gezahlten Beiträge um 2 Mrd. Euro gekürzt werden; allerdings entsteht im Jahr 2006 aufgrund der vorgezogenen Fälligkeit der Beiträge eine geringe Rücklage.

Die Auswirkungen der zahlreichen Maßnahmen auf das Budget des Staates lassen sich nur grob abschätzen (Tabelle 2). Nach unserem Urteil führen sie – für sich betrachtet – per saldo dazu, dass das Budgetdefizit sich im Jahr 2006 kaum ändert, im Jahr 2007 aber deutlich abnimmt. Die einzelnen Maßnahmen werden allerdings die konjunkturelle Entwicklung im Jahr 2006 eher positiv, die im Jahr 2007 eher negativ beeinflussen. Anregend wirkt insbesondere die großzügigere Abschreibungsregelung, dämpfend wirkt die per saldo höhere Abgabenbelastung. Insgesamt rechnen wir damit, dass das Budgetdefizit im Jahr 2006 bei der erwarteten konjunkturellen Entwicklung nur wenig sinken wird. Im Jahr 2007 dürfte es die 3-Prozent-Marke deutlich unterschreiten (Tabelle 3). Der Schuldenstand dürfte im Jahr 2006 weiter steigen und im Jahr 2007 in Relation zum Bruttoinlandsprodukt 68 Prozent betragen.

Der Output Gap dürfte im Jahr 2007 in etwa geschlossen sein. Dies bedeutet, dass das strukturelle Budgetdefizit des Staates in Relation zum Bruttoinlandsprodukt rund 2,5 Prozent beträgt. Von einer nachhaltigen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte kann also nicht gesprochen werden. Die Bundesregierung sollte deshalb in das neue Stabilitätsprogramm Maßnahmen einbauen, mit denen es möglich ist, das Budgetdefizit des Staates rascher als von uns erwartet zu verringern und das Budget zum Ende des Zeitraums, auf den sich das Programm erstreckt, auszugleichen. Zu diesen Maßnahmen zählen zusätzliche Kürzungen der Finanzhilfen des Staates und der Steuervergünstigungen. Wichtig sind darüber hinaus Reformen im Bereich der Kranken- und Pflegeversicherung sowie eine Einkommensteuerreform, die durch niedrige Grenzsteuersätze die Arbeits-, Spar- und Investitionsanreize stärkt. Auch eine „Föderalismusreform“ spielt bei der Konsolidierung eine wichtige Rolle. In dieser Hinsicht sind Verbesserungen zu erwarten. Im Rahmen einer Neuordnung der Zuständigkeiten für bestimmte öffentliche Aufgaben (z.B. Bildung, Umwelt) sollen die Kompetenzen klar zugewiesen werden; auch soll die Zahl der Mischfinanzierungstatbestände verringert werden. Eine Reform der Finanzverfassung mit mehr Steuerwettbewerb ist immerhin insoweit vorgesehen, als die Länder den Satz der Grunderwerbsteuer festsetzen dürfen.

Tabelle 2:

Auswirkungen der erwarteten finanzpolitischen Maßnahmen auf den Budgetsaldo des Staates (bei Nichtberücksichtigung der Anpassungen der Privaten) 2006, 2007 und 2008 (Mill. Euro)

	2006	2007	2008
Anhebung des Regelsatzes der Mehrwertsteuer (von 16 auf 19 Prozent)	.	24 400	24 800
Erhöhung der Versicherungssteuer (von 16 auf 19 Prozent)	.	1 600	1 630
Reduktion des Beitragssatzes in der Arbeitslosenversicherung (von 6,5 auf 4,5 Prozent)	.	-14 800	-15 000
Anhebung des Beitragssatzes in der Rentenversicherung (von 19,5 auf 19,9 Prozent)	.	3 000 <sup>b</sup>	3 050 <sup>b</sup>
Erhöhung des Spitzensatzes der Einkommensteuer (auf 45 Prozent ab zu versteuernden Einkommen <sup>a</sup> von 250 000 Euro/500 000 Euro für Ledige/Verheiratete)	.	500	550
Einschränkung der Möglichkeiten, Einkommensteuer durch die Beteiligung an bestimmten Fonds (durch Verlustverrechnung) zu „sparen“	500	1 300	1 800
Abschaffung der Eigenheimzulage	200	1 500	2 200
Gewährung der Investitionszulage in den neuen Ländern	-1 000	-1 700	-1 700
Reduktion des Sparerfreibetrags	.	650	750
Verschärfte Besteuerung der Veräußerungsgewinne („Spekulationsgewinne“)	.	.	100
Erhöhte Absetzbarkeit von Ausgaben für Dienstleistungen und Erhaltungs- und Modernisierungsmaßnahmen in Haushalten und für die Kinderbetreuung	.	-1 000	-1 500
Kürzung der Entfernungspauschale	.	1 000	2 000
Abschaffung der Mineralölsteuerbefreiung für Biokraftstoffe	.	900	1 000
Sonstige Änderungen (u.a. Freibetrag für Heirats- und Geburtsbeihilfen, Rückstellungen für Jubiläumszuwendungen, Zuschläge für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit, Freibetrag für Abfindungen, Bergmannsprämien, Abschaffung der degressiven Abschreibung im Mietwohnungsbau)	400	1 000	1 400
Zulassung erhöhter Abschreibungsmöglichkeiten	.	-100	-3 500
Reduktion der Erbschaftsteuer bei Unternehmensfortführung	.	-200	-400
Änderung der so genannten Ist-Besteuerung bei der Umsatzsteuer	-200	-800	.
Kürzung der Finanzhilfen (u.a. Regionalisierungsmittel für den öffentlichen Personennahverkehr, „Gemeinschaftsaufgaben“)	400	800	1 000
Änderung der Regelung des Arbeitslosengeldes II (u.a. Anhebung der Leistungen im Osten auf Westniveau, Verschärfung der Voraussetzungen für den Leistungsbezug)	200	400	400
Änderung der arbeitsmarktpolitisch motivierten Ausgaben	-100	-300	300
Stärkung der privaten Altersvorsorge durch Begünstigung des Erwerbs und der Nutzung von Wohnungen	.	-100	-200
Kinderzulage zur Förderung der privaten Altersvorsorge	.	.	-200
Verstärkte Familienförderung (einkommensabhängiges Elterngeld)	.	-1 000	-1 000
Verstärkte Ausgaben für die Kinderbetreuung	-300	-500	-500
Verringerung der Ausgaben für die öffentliche Verwaltung	600	800	1 000
Erhöhung der Ausgaben des Bundes für Forschung und Entwicklung	-500	-1 000	-1 500
Ausweitung der Verkehrsinvestitionen des Bundes	-500	-1 000	-1 000
Aufstockung des CO <sub>2</sub> -Gebäudesanierungsprogramms	-200	-300	-300
Regulierung der Arzneimittelpreise	700	730	760
Mehrausgaben der sozialen Pflegeversicherung („Dynamisierung“)	.	-200	-200
Mehrausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung (infolge der Erhöhung der Mehrwertsteuer und der Änderung der Beitragssätze)	.	-300	-300
Indirekte Anhebung des Beitragssatzes in der gesetzlichen Krankenversicherung	.	2 000	4 200
Insgesamt	200	17 280	19 640
Staatsinterne Transaktionen (Transfer innerhalb des Staatssektors)			
Reduktion der Rentenversicherungsbeiträge für Empfänger des Arbeitslosengeldes II infolge der Verringerung der Bemessungsgrundlage	1 000	2 000	2 000
Verringerung des Zuschusses des Bundes an die gesetzliche Rentenversicherung	.	1 000	1 020
Reduktion des Zuschusses des Bundes an die gesetzliche Krankenversicherung	.	2 700	4 200

<sup>a</sup>Gilt nicht für gewerbliche Einkünfte. — <sup>b</sup>Nach Abzug der Mehrausgaben (des Bundes und der Bundesagentur für Arbeit) für die Beiträge bestimmter Empfänger sozialer Leistungen (z.B. der Empfänger von Arbeitslosengeld und Arbeitslosengeld II).

Quelle: Eigene Berechnungen und Schätzungen auf der Basis des Koalitionsvertrags zwischen CDU, CSU und SPD (2005) sowie verschiedener Pressemeldungen.

Tabelle 3:

Ausgaben des Staates, Steuern, Sozialbeiträge, Budgetsaldo 1991–2007<sup>a</sup> (in Relation zum Bruttoinlandsprodukt)

	Ausgaben	Steuern	Sozialbeiträge	Sonstige Einnahmen	Budgetsaldo
1991	47,4	23,0	16,8	3,6	-4,0
1992	49,5	23,4	17,2	4,0	-4,9
1993	50,3	23,4	17,7	4,1	-5,1
1994	49,1	23,3	18,2	4,0	-3,6
1995	48,3	22,9	18,3	3,9	-3,2
1996	49,3	23,3	19,0	3,7	-3,3
1997	48,4	23,0	19,2	3,6	-2,6
1998	48,0	23,5	18,9	3,4	-2,2
1999	48,1	24,5	18,7	3,4	-1,5
2000	47,6	25,0	18,3	3,1	-1,2 <sup>b</sup>
2001	47,6	23,3	18,2	3,3	-2,8
2002	48,1	22,8	18,1	3,5	-3,7
2003	48,4	22,8	18,2	3,4	-4,0
2004	46,9	22,2	17,8	3,2	-3,7
2005 <sup>c</sup>	46,8	22,3	17,6	3,4	-3,5
2006 <sup>c</sup>	46,1	22,3	17,3	3,2	-3,3
2007 <sup>c</sup>	45,6	23,1	16,6	3,2	-2,7

<sup>a</sup>Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen; 1991 bis 1994 einschließlich Treuhandanstalt. —  
<sup>b</sup>Ohne Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen (2,5 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt). — <sup>c</sup>Prognose.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen; eigene Prognose.

### Monetäre Rahmenbedingungen verschlechtern sich leicht

In den vergangenen Monaten haben sich die monetären Rahmenbedingungen in Deutschland trotz der jüngsten Erhöhung der Leitzinsen im Euroraum durch die Europäische Zentralbank um einen viertel Prozentpunkt – auf 2,25 Prozent – leicht verbessert. Zwar stiegen die Geldmarktzinsen auf 2,5 Prozent, dem gegenüber steht aber das Anziehen der Kerninflationsrate um etwa einen halben Prozentpunkt. Der kurzfristige Realzins ist daher sogar etwas gesunken. Die Kapitalmarktzinsen sind seit ihrem Tiefpunkt im September allerdings sowohl nominal als auch real um knapp einen halben Prozentpunkt gestiegen. Hingegen hat sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen im Ausland in den vergangenen Monaten, insbesondere durch die Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar, um knapp 1 Prozent verbessert. Auf ein etwas günstigeres monetäres Umfeld deutet auch die Expansion der Geldmengen- und Kreditaggregate hin. So hat sich die Expansion der täglich fälligen Einlagen deutlich beschleunigt. Im Zeitraum von April bis Oktober erhöhten sie sich in realer Rechnung mit einer laufenden Jahresrate von 7,9 Prozent gegenüber dem entsprechenden

Halbjahreszeitraum zuvor. Und die Kredite an Unternehmen und Selbständige, die bis zu Jahresbeginn zwei Jahre lang real rückläufig gewesen waren, expandierten zuletzt wieder.

Im Jahr 2006 dürften sich die monetären Rahmenbedingungen etwas verschlechtern. Wir erwarten, dass die Europäische Zentralbank die Leitzinsen zum Sommer und zum Winter hin nochmals um jeweils einen viertel Prozentpunkt anheben wird, um den mittelfristigen Gefahren für die Preisniveaustabilität im Euroraum zu begegnen (vgl. Gern et al. 2005). Die Kapitalmarktzinsen dürften im Zuge des weltweiten Normalisierungsprozesses an den Kapitalmärkten weiter leicht steigen (Tabelle 4). Für den Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar ist ein Wert von 1,20 unterstellt. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen im Ausland dürfte aufgrund der etwas höheren Inflationsraten in den Handelspartnerländern gleichwohl leicht steigen.

Tabelle 4:

Rahmendaten für die Konjunkturprognose 2005, 2006 und 2007

	2005				2006				2007			
	1. Q.	2. Q.	3. Q. <sup>a</sup>	4. Q. <sup>b</sup>	1. Q. <sup>b</sup>	2. Q. <sup>b</sup>	3. Q. <sup>b</sup>	4. Q. <sup>b</sup>	1. Q. <sup>b</sup>	2. Q. <sup>b</sup>	3. Q. <sup>b</sup>	4. Q. <sup>b</sup>
Zinssatz für Dreimonatsgeld	2,1	2,1	2,2	2,4	2,5	2,6	2,7	2,8	2,9	2,9	2,9	2,9
Rendite 9–10-jähriger												
Bundesanleihen	3,5	3,4	3,5	3,7	3,8	4,0	4,1	4,3	4,5	4,5	4,5	4,5
Tariflohnindex <sup>c,d</sup>	1,3	1,0	1,1	1,3	1,3	1,0	1,4	1,4	1,8	1,8	1,8	1,5
Wechselkurs US-Dollar/Euro	1,31	1,27	1,25	1,20	1,20	1,20	1,20	1,20	1,20	1,20	1,20	1,20
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft <sup>e</sup>	100,3	99,4	99,1	96,8	96,7	96,6	96,5	96,4	95,4	95,3	95,2	95,1
Industrieproduktion im												
Ausland <sup>f,g</sup>	–0,2	4,6	3,1	3,3	3,1	2,7	3,1	2,7	3,0	2,4	2,6	2,8
Rohölpreis <sup>h</sup>	47,8	51,4	63,0	58,0	55,0	55,0	55,0	55,0	55,0	55,0	55,0	55,0

<sup>a</sup>Teilweise geschätzt. — <sup>b</sup>Prognose. — <sup>c</sup>Veränderung gegenüber dem Vorjahr (Prozent). — <sup>d</sup>Auf Stundenbasis. — <sup>e</sup>Gegenüber 49 Ländern auf Basis der Verbraucherpreise, Index: 1999 I = 100. — <sup>f</sup>Veränderung gegenüber Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet (Prozent). — <sup>g</sup>In 30 Ländern: 18 Industrieländer, 8 neue EU-Mitgliedsländer sowie Russland, China, Hongkong und Südkorea. — <sup>h</sup>US-Dollar pro Barrel North Sea Brent.

Quelle: EZB (lfd. Jgg.); Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); Deutsche Bundesbank, *Monatsbericht* (lfd. Jgg.); IMF (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

## **Exportmotor vermindert Drehzahl nur wenig**

Der Export expandierte im dritten Quartal 2005 mit einer laufenden Jahresrate von 20 Prozent außerordentlich kräftig. Während die Lieferungen in den Euroraum mit einer Rate von nur etwa 7 Prozent zulegten, stiegen sie in die außereuropäischen Länder um reichlich 40 Prozent, wobei die stärksten Zuwächse in Asien und in den OPEC-Staaten erzielt wurden. Der Handel mit den europäischen Ländern außerhalb der EU nahm um immerhin noch mehr als 25 Prozent zu. Die regionale Aufteilung der Handelszuwächse dürfte sowohl auf die unterschiedlichen Wachstumsraten in der Weltwirtschaft als auch auf die Abwertung des Euro insbesondere gegenüber dem US-Dollar zurückzuführen sein. Hinzu kam ein Sondereffekt dadurch, dass die Ölförderländer ihre stark gestiegenen Einnahmen verstärkt für Käufe von Investitionsgütern verwendeten, bei denen die deutsche Wirtschaft traditionell eine starke Stellung auf dem Weltmarkt besitzt. Nach der sehr hohen Zunahme im zurückliegenden Vierteljahr dürften die Zuwächse im vierten Quartal erheblich geringer gewesen sein. Dafür spricht auch der Rückgang der Exporterwartungen der Unternehmen im dritten Quartal. Wir erwarten eine Zunahme der Ausfuhr im Schlussquartal um nur 4 Prozent. Im Jahresdurchschnitt dürfte die Ausfuhr 2005 um 6,4 Prozent gestiegen sein.

Im kommenden Jahr wird die Konjunktur bei den Handelspartnern Deutschlands robust bleiben. Im übrigen Euroraum, in den rund 60 Prozent der Lieferungen gehen, dürfte die Nachfrage zunächst sogar anziehen. Außerdem wird die Ausfuhr von der Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit profitieren, die sich zum Teil dadurch ergibt, dass die Preise hier langsamer steigen als bei den Handelspartnern. Zum Teil ist die nominale Abwertung des Euro in den vergangenen Monaten bereits eingetreten; sie wird sich annahmegemäß im Prognosezeitraum nicht weiter fortsetzen, so dass die Impulse von dieser Seite im Jahresverlauf nachlassen. Da zudem die Konjunktur im Euroraum im weiteren Verlauf des Jahres an Schwung verlieren dürfte, lassen die Zuwächse im Export im Jahresverlauf nach. Im Jahr 2007 dürften die Exporte ähnlich moderat zunehmen wie in der zweiten Jahreshälfte 2006, wobei der tendenziellen Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen durch die Senkung der Beiträge zur Sozialversicherung eine Abschwächung der Weltkonjunktur gegenüberstehen wird. Für den Jahresdurchschnitt 2007 erwarten wir einen Anstieg der Ausfuhr um 6,7 Prozent, nach 8,9 Prozent im Jahr 2006.

Die Einfuhr ist im vergangenen Quartal ebenfalls sehr kräftig ausgeweitet worden. Dabei spielte neben den stark expandierenden Exporten wohl auch die lebhaftere Investitionstätigkeit eine Rolle. Möglicherweise wurden in Erwartung weiter steigender Weltmarktpreise für Rohöl die Vorräte an Öl und Mineralölprodukten aufgestockt. Hier dürfte es im Schlussquartal 2005 zu einer Korrektur gekommen sein. Für den Jahresdurchschnitt 2005 rechnen wir mit

einer Zunahme der Einfuhr um 4,7 Prozent. Im Jahr 2006 dürfte die Einfuhr angesichts einer steigenden Binnennachfrage sowie rascher expandierender Exporte schneller ausgeweitet werden als im laufenden Jahr. Im Jahr 2007 flachen sich mit dem Tempoverlust bei Binnennachfrage und Ausfuhr voraussichtlich auch die Zuwächse bei der Einfuhr ab. Alles in allem erwarten wir, dass sich die Importe im Jahr 2006 um 8,8 Prozent erhöhen und im Jahr 2007 um 5,7 Prozent.

Der Deflator der Importe ist im zurückliegenden Vierteljahr unter dem Eindruck der weiter drastisch anziehenden Ölpreise mit einer laufenden Jahresrate von 8,2 Prozent gestiegen. Dies war der stärkste Anstieg seit Anfang 2000; auch damals war eine Verteuerung des Rohöls der Hintergrund. Wir erwarten angesichts des leichten Rückgangs der Ölpreise sowie vor dem Hintergrund des von uns unterstellten Niveaus des Ölpreises von 55 US-Dollar, dass sich der Anstieg der Importpreise im Jahr 2006 beruhigen wird. Da es erfahrungsgemäß eine Zeit lang dauert, bis sich der Rohstoffpreisschub vollständig auf allen Produktionsstufen niedergeschlagen hat, ist für das laufende Winterhalbjahr allerdings noch mit einem weiteren Anstieg der Importpreise zu rechnen. Alles in allem dürften die Importpreise im laufenden Jahr um 2,8 und im kommenden Jahr um 3,2 Prozent anziehen. Ab Januar 2007 ist für importierte Konsumgüter grundsätzlich die um 3 Prozent höhere Mehrwertsteuer zu entrichten. Die gesamten Importpreise dürften gleichwohl deutlich weniger steigen, da die ausländischen Lieferanten sich den hiesigen Preisverhältnissen anpassen werden, um keine Marktanteile zu verlieren. Wir unterstellen einen Anstieg um 0,5 Prozent. Die Exportpreise sind zuletzt auch aufgrund der Abwertung des Euro deutlich rascher gestiegen. Im Prognosezeitraum dürfte diese Tendenz allerdings nicht anhalten, da keine weitere Abwertung des Euro unterstellt ist. Wir erwarten, dass die Exportpreise 2006 sehr moderat steigen werden; 2007 werden sie aufgrund der Senkung der Beiträge zur Sozialversicherung leicht sinken. Die Terms of Trade dürften sich im laufenden Jahr um 1,7 Prozent verschlechtert haben. Für das kommende Jahr fällt die Verschlechterung mit 2,5 Prozent sogar noch stärker aus, wobei die Veränderung im Verlauf des Jahres allerdings deutlich geringer ist; 2007 dürften die Terms of Trade nahezu unverändert bleiben.

### **Binnennachfrage steigt wieder**

Die Unternehmensinvestitionen sind im zurückliegenden Vierteljahr mit einer laufenden Jahresrate von 12,7 Prozent gestiegen. Bei den Ausrüstungen fiel die Zunahme mit 16,2 Prozent noch stärker aus, der im Frühjahr 2004 begonnene Aufwärtstrend setzte sich beschleunigt fort. Gleichzeitig stiegen die Bauinvestitionen der Unternehmen; die längerfristige Abwärtstendenz schwächte sich damit deutlich ab. Maßgeblich für die kräftige Zunahme der Investi-

tionstätigkeit der Unternehmen dürfte die starke Auslandsnachfrage gewesen sein. Dem außerordentlich kräftigen Anstieg im dritten Quartal dürfte allerdings eine Korrektur im nächsten Quartal gefolgt sein; voraussichtlich sind die Unternehmensinvestitionen im Schlussquartal 2005 leicht gesunken. Im Durchschnitt des laufenden Jahres dürften sie um 1,9 Prozent zugelegt haben.

Im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums dürften die Unternehmensinvestitionen zunächst beschleunigt ausgeweitet werden. Dazu trägt vor allem die Verbesserung der Absatzperspektiven bei. Hinzu kommt, dass die Unternehmen die vergangenen Jahre in hohem Maße zur Konsolidierung genutzt haben. Angesichts einer gesunkenen Verschuldung wirken die trotz der jüngsten Zinserhöhung weiterhin niedrigen Finanzierungskosten deutlich stimulierend auf die Investitionstätigkeit, zumal auch die zurückliegende Phase sehr niedriger Zinsen noch weiter ihre Anregungen entfalten wird. Von steuerlicher Seite werden die Unternehmensinvestitionen ab Anfang 2006 ebenfalls begünstigt, da die Abschreibungsbedingungen günstiger gestaltet werden. Wir unterstellen, dass in etwa die Bedingungen hergestellt werden, die bis zum Jahr 2000 galten.<sup>2</sup> Zwar ist bereits für 2008 eine Rücknahme dieser Regelung angekündigt, für die Unternehmen dürfte es sich jedoch lohnen, das Zeitfenster der steuerlichen Begünstigung durch höhere Anschaffungen von Anlagegütern zu nutzen. Alles in allem werden die Unternehmensinvestitionen im Jahr 2006 wohl um 5,6 Prozent steigen, wobei sich die Dynamik mit der Eintrübung der Absatzperspektiven sowie infolge höherer Finanzierungskosten etwas abschwächen dürfte. Im Jahr 2007 wird sich diese Tendenz voraussichtlich fortsetzen; im Jahresdurchschnitt dürften die Unternehmensinvestitionen dann nur noch um 2,9 Prozent zulegen.

Bei den Wohnungsbauinvestitionen hat sich der längerfristige Abwärtstrend im vergangenen Quartal abgeschwächt. Im Vergleich zum Vorquartal waren sie sogar mit einer laufenden Jahresrate von 3,6 Prozent im Positiven. Diese Entwicklung dürfte sich, wenngleich deutlich abgeschwächt, im laufenden Winterhalbjahr fortsetzen. Darauf deutet der Anstieg von Baugenehmigungen und Bauaufträgen seit dem Frühjahr hin. Für den Durchschnitt des laufenden Jahres ergibt sich gleichwohl ein weiterer deutlicher Rückgang der Wohnungsbauinvestitionen um 4,6 Prozent. Im gesamten Prognosezeitraum dürften die Wohnungsbauinvestitionen nicht zuletzt durch die Entscheidung der neuen Bundesregierung, die Eigenheimzulage abzuschaffen, beeinflusst werden. Haushalte, die für die nächsten Jahre den Bau eines Hauses planen, dürften sich nun noch im laufenden Jahr um eine Baugenehmigung bemühen, um in den Genuss der steuerlichen Förderung zu kommen. Zwar sind Baugenehmigungen über eine

---

<sup>2</sup> Im Rahmen der degressiven Abschreibung war es möglich, das 3-fache des Satzes der linearen Abschreibung, höchstens 30 Prozent anzusetzen.

Reihe von Jahren gültig; wir erwarten gleichwohl, dass sie vor allem in den Jahren 2006 und 2007 zu höheren Wohnungsbauinvestitionen führen werden. Stimulierend wird zudem die im Koalitionsvertrag beschlossene steuerliche Begünstigung von Maßnahmen zur Gebäudesanierung wirken. Da zudem die Finanzierungsbedingungen vor allem im kommenden Jahr noch günstig sein werden, dürften die Wohnungsbauinvestitionen entgegen ihrer demographisch bedingten längerfristigen Tendenz in den Jahren 2006 und 2007 geringfügig steigen (Tabelle 5).

*Tabelle 5:*

Reale Anlageinvestitionen 2004–2007 (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)

	2004	2005 <sup>a</sup>	2006 <sup>a</sup>	2007 <sup>a</sup>
Anlageinvestitionen	-0,2	-0,3	4,0	2,0
Unternehmensinvestitionen	1,6	1,9	5,6	2,9
Ausrüstungen	2,6	5,2	6,3	3,0
Sonstige Anlagen	1,8	1,8	5,7	3,8
Wirtschaftsbau	-1,1	-5,3	3,5	2,0
Wohnungsbau	-1,6	-4,6	1,0	0,2
Öffentlicher Bau	-8,9	-1,1	3,2	1,2
<i>Nachrichtlich:</i>				
Bauinvestitionen	-2,3	-4,4	2,0	0,9

<sup>a</sup>Prognose.

*Quelle:* Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3* (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2* (lfd. Jgg.); eigene Schätzungen und Prognosen.

Der Rückgang der Bauinvestitionen des Staates ist im Sommer 2005 zum Stillstand gekommen. Im Prognosezeitraum werden die öffentlichen Bauinvestitionen wohl kontinuierlich steigen, wenngleich nur moderat. Die Finanzlage der Gemeinden, des bei weitem wichtigsten öffentlichen Investors, hat sich deutlich verbessert. So sind die Gewerbesteuereinnahmen vor allem infolge der kräftigen Zunahme der Unternehmensgewinne gestiegen. Zudem profitieren die Gemeinden davon, dass der Bund im Rahmen der Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe für Erwerbsfähige („Hartz IV“) in hohem Maße Ausgaben übernommen hat, die ohne Reform als Sozialhilfeaufwendungen bei den Gemeinden angefallen wären. Der Bund wird wohl die Einnahmen, die aus der Einführung einer LKW-Maut resultieren, teilweise für Investitionszwecke wie zum Beispiel im Verkehrsbereich nutzen. Darüber hinaus will die neue Bundesregierung die Verkehrsinvestitionen aufstocken. Die Investitionstätigkeit der Länder dürfte allerdings wegen der leeren Kassen weiterhin rückläufig sein.

Die privaten Haushalte haben im dritten Vierteljahr zum dritten Mal in Folge weniger konsumiert als im Vorquartal. Maßgeblich hierfür war, dass die real verfügbaren Einkommen aufgrund des kräftigen Anstiegs der Verbraucherpreise rückläufig waren. Zudem stieg die Sparquote geringfügig – möglicherweise in Erwartung zusätzlicher Belastungen durch ein weiteres Anziehen der Energiepreise. Im vierten Quartal 2005 dürften die privaten Konsumausgaben, bei gestiegenen verfügbaren Einkommen, wieder geringfügig zugenommen haben. Im Jahresdurchschnitt werden die Konsumausgaben der privaten Haushalte wohl um 0,3 Prozent gefallen sein.

Im kommenden Jahr werden die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte mit 1,6 Prozent nur mäßig zulegen; real werden sie leicht zunehmen. Die Tariflöhne steigen weiter nur sehr moderat. Noch geringer wird angesichts der weiter negativen Lohndrift der Anstieg der Bruttostundenlöhne sein (0,4 Prozent). Allerdings nimmt die Beschäftigung spürbar zu, so dass die Bruttolöhne und -gehälter etwas rascher steigen werden (0,4 Prozent). Netto fällt die Zunahme der Löhne und Gehälter freilich geringer aus. Hier macht sich nicht zuletzt die im vergangenen Juli in Kraft getretene Verlagerung von 0,45 Prozentpunkten des Beitrags zur Krankenversicherung von den Arbeitgebern zu den Arbeitnehmern weiter bemerkbar, von der im Übrigen auch die Rentner betroffen sind. Die realen Konsumausgaben der privaten Haushalte dürften angesichts dieser Einkommensentwicklung im Jahr 2006 leicht steigen. Aufgrund der Anreize, die um 3 Prozentpunkte höhere Mehrwertsteuer im Jahr 2007 durch vorgezogene Käufe im Jahr 2006 zu umgehen, erwarten wir einen etwas stärkeren Anstieg der privaten Konsumausgaben um 0,4 Prozent und eine geringfügige Abnahme der Sparquote.

Im Jahr 2007 wird der Anstieg der Tariflöhne höher ausfallen als im Vorjahr; die Beschäftigung wird allerdings weniger rasch zunehmen, alles in allem wird gleichwohl eine spürbare Erhöhung der Bruttolöhne und Gehälter um 1,6 Prozent verbleiben. Netto fällt diese mit 2,3 Prozent noch stärker aus, da die Beiträge der Arbeitnehmer zur Sozialversicherung um 0,7 Prozentpunkte sinken werden. Die Betriebsüberschüsse und Vermögenseinkommen werden abermals langsamer expandieren als im Vorjahr. Zudem wird die Steuerbelastung durch eine Reihe von Maßnahmen steigen (Tabelle 3), insbesondere durch die Kürzung der Entfernungspauschale und die Verringerung des Sparerfreibetrags. Insgesamt werden die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte voraussichtlich um 1,8 Prozent höher ausfallen als im Vorjahr. Real ergibt sich jedoch ein geringfügiger Rückgang. Vor diesem Hintergrund rechnen wir damit, dass auch die realen privaten Konsumausgaben im Durchschnitt des Jahres 2007 etwas unter ihrem Vorjahresniveau liegen werden.

## **Anhebung der Mehrwertsteuer erhöht Preisniveau**

Die Verbraucherpreise sind im Sommerhalbjahr unter dem Eindruck der starken Verteuerung von Energieprodukten deutlich rascher als zuvor gestiegen. Zuletzt flachte sich der Anstieg allerdings merklich ab. Bei sinkenden Weltmarktpreisen für Rohöl und dementsprechend rückläufigen Benzinpreisen verringerte sich das Preisniveau im November sogar leicht gegenüber dem Vormonat. Seinen Vorjahreswert übertraf es um 2,3 Prozent.

Unter unseren Annahmen eines konstant bei 55 US-Dollar liegenden Weltmarktpreises für Rohöl sowie eines Wechselkurses des Euro gegenüber dem US-Dollar von 1,20 sind im Prognosezeitraum von dieser Seite keine weiteren Teuerungsimpulse zu erwarten. Der Preisauftrieb dürfte sich zum Jahresende 2005 sowie im weiteren Verlauf des kommenden Jahres weiter leicht zurückbilden. Erst zum Jahresende 2006 dürften sich die mit dem Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Kapazitätsauslastung zunehmenden Preisüberwälzungsspielräume in einem geringfügig anziehenden Preisanstieg bemerkbar machen. Für den Durchschnitt des Jahres 2006 erwarten wir einen Anstieg der Lebenshaltungskosten um 1,7 Prozent, nach 2,0 Prozent im laufenden Jahr.

Im Jahr 2007 wird die Mehrwertsteuer um 3 Prozentpunkte erhöht. Zudem steigen die Beiträge zur Rentenversicherung (0,4 Prozentpunkte) und zur gesetzlichen Krankenversicherung (0,2 Prozentpunkte). Dem steht allerdings eine Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 2 Prozentpunkte gegenüber. Auch wenn sich die Änderung der Beitragsbelastung zunächst paritätisch auf Arbeitgeber und Arbeitnehmer verteilt, ist davon auszugehen, dass längerfristig die Arbeitskosten der Arbeitgeber um die vollen 1,4 Prozentpunkte sinken werden (Boss et al. 2005). Da sich Sozialversicherungsbeiträge und Mehrwertsteuer annähernd auf dieselbe Basis beziehen, nämlich auf die Lohnsumme, entsteht für die Unternehmen eine Mehrbelastung, die etwa einer Mehrwertsteuererhöhung von 1 Prozentpunkt entspricht.

Geht man davon aus, dass ein Prozentpunkt bei der Mehrwertsteuer die Verbraucherpreise um 0,45 Prozent erhöht,<sup>3</sup> unterstellt man zudem, dass die Kostenentlastung aufgrund der Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung nicht vollständig zustande kommt, zumal die Beiträge zur Rentenversicherung und zur gesetzlichen Krankenversicherung angehoben werden, und berücksichtigt man ferner die Erhöhung der Versicherungssteuer, so erscheint es plausibel, dass die Verbraucherpreise Anfang 2007 um ein Prozent steigen werden. Im weiteren Verlauf des Jahres 2007 ist dagegen bei einer abnehmenden Kapazitätsauslastung nur noch

---

<sup>3</sup> Vgl. Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes (2005). Bei der Berechnung ist unterstellt, dass der ermäßigte Steuersatz von 7 Prozent unverändert bleibt.

mit geringen Preisauftriebstendenzen zu rechnen. Alles in allem werden die Verbraucherpreise 2007 wohl um 2,1 Prozent steigen.

### **Lage am Arbeitsmarkt verbessert sich nur sehr zögerlich**

Die Situation am Arbeitsmarkt hat sich in der zweiten Hälfte des laufenden Jahres trotz der konjunkturellen Erholung noch nicht verbessert. Die Erwerbstätigkeit nahm zwar, anders als in der ersten Jahrehälfte, deutlich zu – dies war allerdings vornehmlich auf die Ausweitung der „Ein-Euro-Jobs“ zurückzuführen. Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ging dagegen weiter zurück. Der Rückgang schwächte sich allerdings weiter ab, auch weil die Arbeitsbeschaffungs- und andere Beschäftigungsfördermaßnahmen nicht mehr in so starkem Umfang verringert wurden wie zuvor.<sup>4</sup> Die Zahl der Selbständigen erhöhte sich weiter. Die Zahl der „Ich-AGs“ stagnierte jedoch annähernd. Gleiches gilt für das Arbeitsvolumen. Der seit dem Frühjahr zu verzeichnende Rückgang der Arbeitslosigkeit<sup>5</sup> ist auch aus diesen Gründen noch kein Indiz für eine günstigere Arbeitsmarktlage.

Im nächsten Jahr stehen in bedeutenden Bereichen, wie zum Beispiel in der Metall- und Elektroindustrie, Tarifverhandlungen an. Diese dürften von den Erwartungen der Gewerkschaften hinsichtlich der Auswirkung einer Mehrwertsteuererhöhung zum Jahresbeginn 2007 auf die Inflationsrate geprägt werden. Darauf deuten die Aussagen der Gewerkschaften hin. Soweit die Tarifabschlüsse in das Jahr 2007 hinein reichen, sind deshalb Auswirkungen zu erwarten, wenn auch bei weitem nicht im Umfang des Preiseffekts der Mehrwertsteuererhöhung. Alles in allem rechnen wir für das kommende Jahr mit einem Anstieg der tariflichen Stundenlöhne um 1,3 Prozent, zumal der Tariflohnanstieg im öffentlichen Dienst gering ausfallen wird. Bei einer Lohndrift von  $-0,6$  sowie einem leichten Rückgang der Belastung durch Arbeitgeberbeiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung wird der Produzentenreallohn auf Stundenbasis im kommenden Jahr annähernd konstant bleiben. Im Jahr 2007 dürfte der Tariflohnanstieg etwas höher ausfallen. Gleichzeitig werden entsprechend dem Koalitionsvertrag weitere politische Maßnahmen die Lohnentwicklung prägen. Wenn – wie zu erwarten – der Gesetzgeber zustimmt, wird zum einen der Regelsatz der Mehrwertsteuer um drei Prozentpunkte erhöht, zum anderen wird der Arbeitgeberbeitrag zur Sozialversicherung

---

<sup>4</sup> Rechnet man die Zahlen für die geförderte Erwerbstätigkeit (einschließlich der Zahl der „Ein-Euro-Jobs“) heraus, so ergibt sich zwar sowohl für die abhängige Beschäftigung als auch für die Erwerbstätigkeit ein annähernd unveränderter Verlauf. Allerdings wäre der zuletzt verzeichnete Anstieg etwas geringer ausfallen.

<sup>5</sup> Der Anstieg im September war rein statistischer Natur, da zu diesem Zeitpunkt erstmals auch die in den „Optionskommunen“ betreuten Arbeitslosen in die amtliche Statistik aufgenommen wurden.

gesenkt. Unter Berücksichtigung des durch diese Maßnahmen induzierten Preiseffekts ergibt sich insgesamt ein leichter Anstieg des Produzentenreallohns um 0,5 Prozent. Gemessen an der trendmäßigen Stundenproduktivität geht von der Lohnpolitik noch eine positive Wirkung auf die Beschäftigung aus. Im Vergleich zu den Vorjahren ist der Impuls jedoch deutlich geringer (vgl. Kasten).

*Kasten:*

Zu den Auswirkungen einer Mehrwertsteuererhöhung

Mit einer Anhebung der Mehrwertsteuer beansprucht der Staat einen größeren Teil des in der Volkswirtschaft entstehenden Einkommens. Die Auswirkungen einer Mehrwertsteuererhöhung hängen unter anderem davon ab, wie der Staat die zusätzlichen Einnahmen verwendet. Hier wird angenommen, dass das Budgetdefizit verringert werden soll.<sup>a,b</sup>

Wenn die gesamtwirtschaftliche Produktion, die Beschäftigung und das Preisniveau unverändert bleiben sollen, dann müssen die Nettopreise (Preise vor Aufschlag der Mehrwertsteuer) so stark sinken, dass die Bruttopreise konstant bleiben, und die Faktorpreise ausreichend stark abnehmen. Bei hoher Kapitalmobilität bedeutet dies vor allem, dass die Effektivlöhne sinken müssen.<sup>c</sup> Die Lohnentwicklung wirkt sich dann – teils mit Verzögerung – auf viele Sozialleistungen (z.B. Renten) aus. Der Rückgang der Faktoreinkommen hat zur Folge, dass das Einkommensteueraufkommen kleiner als sonst ist. Per saldo steigen aber die Steuereinnahmen deutlich, weil die Einkommensteuersätze kleiner als 100 Prozent sind.

Die Produktion und die Beschäftigung bleiben auch dann unverändert, wenn die Anhebung der Mehrwertsteuer sich – geldpolitisch alimentiert – voll in höheren Güterpreisen niederschlägt. Die Faktoreinkommen, also auch die Löhne, bleiben dann nominal konstant, sinken aber real. Die Empfänger der Sozialleistungen werden in diesem Fall unmittelbar infolge des Anstiegs des Preisniveaus belastet. Das Einkommensteueraufkommen des Staates bleibt nominal konstant, real gerechnet sinkt es aber infolge des erhöhten Preisniveaus.

Es ist offen, wie die Unternehmen und die Tarifvertragsparteien und gegebenenfalls die Europäische Zentralbank auf die Anhebung der Mehrwertsteuer reagieren werden. Wir erwarten, dass nur ein Teil der zusätzlichen Mehrwertsteuer überwältigt wird und dass die Löhne etwas höher als sonst festgesetzt werden. Unter diesen Bedingungen führt die Mehrwertsteuererhöhung für sich betrachtet zu weniger Produktion und weniger Beschäftigung im Jahr 2007.

<sup>a</sup>Zu den Effekten einer Anhebung der Mehrwertsteuer und einer gleichzeitigen Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags in gleichem Ausmaß vgl. Boss et al. (2005: 315–317). — <sup>b</sup>Wird die Neuverschuldung des Staates reduziert, so fällt die Steuerbelastung in der Zukunft geringer als sonst aus. Dies kann sich positiv auf die Erwartungen auswirken. — <sup>c</sup>Für den Exportsektor, der mehrwertsteuerbefreit ist, gilt dies nicht.

Außer der tendenziell beschäftigungsfreundlichen Lohnpolitik wirkt im Prognosezeitraum die konjunkturelle Beschleunigung positiv auf die Arbeitsnachfrage. Die Zahl der Erwerbstätigen wird weiter steigen, wobei aufgrund von Wirkungsverzögerung die positiven Impulse zum Teil erst im Jahr 2007 zur Geltung kommen. Der Anstieg resultiert zunächst primär noch aus

einer weiteren Zunahme der Zahl der „Ein-Euro-Jobs“. Die Zahl der geringfügigen Beschäftigungsverhältnisse wird im nächsten Jahr wieder verstärkt zunehmen. Allerdings wird auch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, nachdem sie Anfang kommenden Jahres ihren Tiefststand erreicht haben dürfte, zunehmen. Die Beschäftigung insgesamt wird im nächsten Jahr beschleunigt steigen. Die Zahl der Selbständigen wird im Jahr 2006 hingegen nur noch abgeschwächt zunehmen; die Zahl der Ich-AGs dürfte sogar zurückgehen. Zum einen ist zu erwarten, dass die Zahl der Neubewilligungen langsam abnehmen wird, weil die Anspruchsvoraussetzungen verschärft wurden, der Kreis der Anspruchsberechtigten verkleinert wurde und entsprechend dem Koalitionsvertrag geplant ist, Anträge nach dem 30. Juni 2006 nicht mehr zu bewilligen.<sup>6</sup> Zum anderen dürfte es vermehrt zu Geschäftsaufgaben kommen, weil u.a. immer mehr Gründer ins zweite bzw. dritte Jahr der Förderung rücken, in denen die Zuschüsse geringer werden. Alles in allem ergibt sich im Jahresdurchschnitt 2006 ein Anstieg der Erwerbstätigkeit um 0,7 Prozent auf 39,1 Mill. Erwerbstätige (Tabelle 6). Für das Jahr 2007 erwarten wir bei sich wieder leicht abschwächender Konjunktur eine geringere Zunahme der Erwerbstätigkeit, um dann 0,4 Prozent, wobei unterstellt ist, dass die Zahl der „Ein-Euro-Jobs“ nicht weiter steigt. Die Zahl der Arbeitslosen dürfte bis Mitte 2007 leicht beschleunigt sinken, wobei die Abnahme zunehmend konjunkturell bedingt sein wird; danach ist eine Abflachung des Rückgangs zu erwarten. Die Regelung vorruhestandsähnlicher Leistungen nach § 428 SGB III (Sozialgesetzbuch), die entsprechend der gegenwärtigen Rechtslage zum Jahresende 2005 auslaufen soll, wird wohl verlängert. Vor diesem Hintergrund wird ein Anstieg der Arbeitslosigkeit, der sich aus dem Auslaufen der Regelung ergeben würde, nicht unterstellt.<sup>7</sup> Das Arbeitsvolumen dürfte, nach einem Rückgang in diesem Jahr, in den Jahren 2006 und 2007 annähernd stagnieren. Zwar nimmt die Zahl der Erwerbstätigen insbesondere im nächsten Jahr zu. Allerdings wird der Anstieg durch den weiteren Rückgang der geleisteten Arbeitszeit je Erwerbstätigen kompensiert.

---

<sup>6</sup> In der Prognose ist unterstellt, dass das Instrument der „Ich-AG“ ab Juli 2006 ersatzlos gestrichen wird. Entsprechend dem Koalitionsvertrag ist allerdings geplant, unter Einbeziehung des Überbrückungsgeldes ein neues Instrument der Existenzgründung aus Arbeitslosigkeit zu entwickeln.

<sup>7</sup> Nach der Regelung können Arbeitslose, die mindestens 58 Jahre alt sind, bis zum frühestmöglichen Eintritt in den gesetzlichen Ruhestand weiterhin Arbeitslosengeld beziehen, ohne dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen zu müssen.

Tabelle 6:  
Arbeitsmarkt 2004–2007 (1 000 Personen)

	2004	2005 <sup>a</sup>	2006 <sup>a</sup>	2007 <sup>a</sup>
Deutschland				
Erwerbstätige (Inland)	38 868	38 846	39 125	39 295
Selbständige <sup>b</sup>	4 218	4 375	4 441	4 471
„Ich-AGs“	154	237	209	139
Arbeitnehmer (Inland)	34 650	34 471	34 683	34 824
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte <sup>c</sup>	26 561	26 208	26 160	26 235
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte <sup>c</sup>	4 742	4 747	4 871	4 936
Pendlersaldo	86	122	102	89
Erwerbstätige (Inländer)	38 782	38 724	39 023	39 206
Arbeitnehmer <sup>c</sup> (Inländer)	34 564	34 349	34 582	34 735
Geleistete Arbeitsstunden der Erwerbstätigen (Inland, Mill. Stunden)	55 962	55 667	55 614	55 555
Registrierte Arbeitslose	4 381	4 800 <sup>d</sup>	4 609	4 464
Arbeitslosenquote <sup>e</sup> (Prozent)	10,5	11,7 <sup>d</sup>	11,2	10,9
Erwerbslose nach dem ILO-Konzept <sup>f</sup>	3 931	3 938	3 725	3 580
<i>Nachrichtlich:</i>				
Erwerbslosenquote (Prozent) <sup>g</sup>	9,2	9,2	8,7	8,4
Westdeutschland (ohne Berlin)				
Erwerbstätige <sup>h</sup> (Inland)	31 226	31 634	31 861	32 000
Registrierte Arbeitslose	2 781	3 047	2 926	2 834
Arbeitslosenquote <sup>e</sup> (Prozent)	8,5	9,1	8,7	8,5
Ostdeutschland (einschl. Berlin)				
Erwerbstätige <sup>h</sup> (Inland)	7 216	7 212	7 264	7 295
Registrierte Arbeitslose	1 600	1 753	1 683	1 630
Arbeitslosenquote <sup>e</sup> (Prozent)	18,4	19,8	19,1	18,5

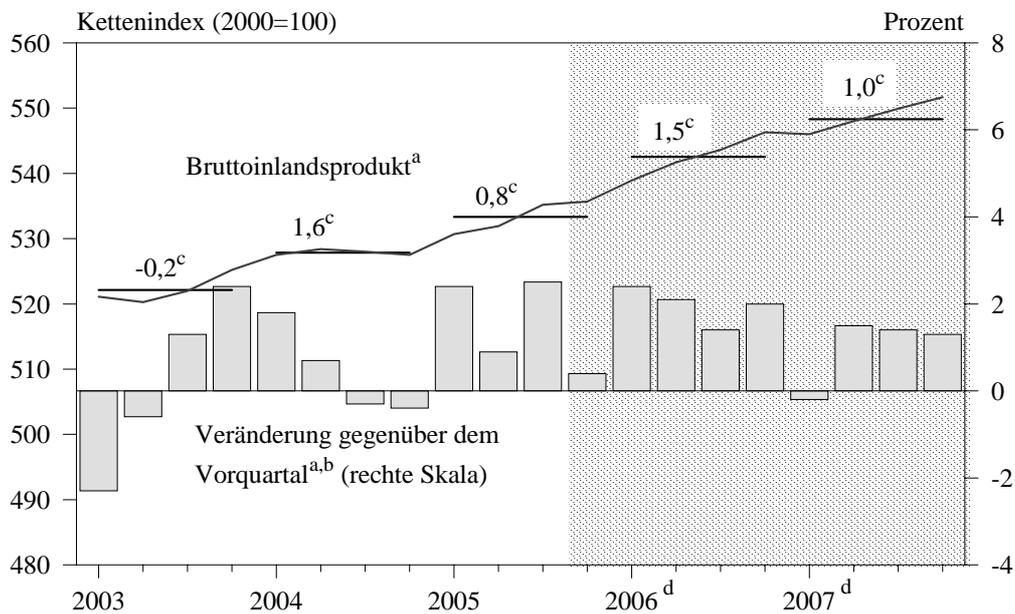
<sup>a</sup>Prognose. — <sup>b</sup>Einschließlich mithelfender Familienangehöriger. — <sup>c</sup>Berechnet als Durchschnitt der Monatswerte. — <sup>d</sup>Aufgrund von technischen Problemen kam es von Januar bis August zu einer Untererfassung der Arbeitslosigkeit (Bundesagentur für Arbeit 2005) in einer Höhe von knapp 80 000 Personen im Monatsdurchschnitt. In den ausgewiesenen Zahlen ist die Personengruppe enthalten. — <sup>e</sup>Bundesagentur für Arbeit; bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. — <sup>f</sup>Standardisierte Definition der EU. — <sup>g</sup>Erwerbslose in Prozent der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Erwerbslose). — <sup>h</sup>Die Anpassung der Erwerbstätigenzahlen für Ost- und Westdeutschland an die revidierten Erwerbstätigenzahlen erfolgt im Februar 2006.

*Quelle:* Bundesagentur für Arbeit, *Amliche Nachrichten* (lfd. Jgg.); Bundesagentur für Arbeit, *Arbeitsmarkt in Zahlen* (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.2* (lfd. Jgg.); Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (2005); eigene Schätzungen und Prognosen.

### Ausblick: Produktionsanstieg schwächt sich ab

Zu Beginn des Jahres 2006 wird die Konjunktur deutlich an Fahrt gewinnen (Abbildung 2). Vor allem vom Ausland kommen, angeregt durch die höhere konjunkturelle Dynamik bei den Handelspartnern sowie durch die Abwertung des Euro, Impulse. Auf binnenwirtschaftlicher Seite macht sich der Aufschwung besonders dadurch bemerkbar, dass die Ausrüstungsinves-

Abbildung 2:  
Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland 2003–2007



<sup>a</sup>Arbeitstäglich- und saisonbereinigt. — <sup>b</sup>Auf Jahresrate hochgerechnet. — <sup>c</sup>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent. — <sup>d</sup>Ab 2005 IV: Prognose.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (lfd. Jgg.); Statistisches Bundesamt, *Wirtschaft und Statistik* (lfd. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

titionen weiter kräftig zunehmen, wobei neben den verbesserten weltwirtschaftlichen Absatzperspektiven und den vorerst weiter niedrigen Finanzierungskosten die günstigeren Abschreibungsbedingungen eine wesentliche Rolle spielen werden (Tabelle 7). Die privaten Konsumausgaben werden dagegen weiter durch die Energieverteuerung gedämpft, die die real verfügbaren Einkommen drückt. Erst zum Jahresende dürfte der private Verbrauch rascher expandieren, da Käufe vorgezogen werden, um die Belastung durch die höhere Mehrwertsteuer zu vermeiden. Alles in allem erwarten wir, dass das reale Bruttoinlandsprodukt im Durchschnitt des kommenden Jahres um 1,5 Prozent steigen wird, nach 0,8 Prozent im laufenden Jahr (Tabelle 8).

Im Jahr 2007 dürfte die Dynamik deutlich nachlassen, selbst wenn man den Korrektoreffekt im ersten Quartal, der die Folge der Vorzieheffekte ins Schlussquartal 2006 ist, unberücksichtigt lässt. Maßgeblich dafür ist, dass die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte durch die verschiedenen zu Jahresbeginn 2007 in Kraft tretenden finanzpolitischen Veränderungen per saldo real gedämpft werden; der Entlastung bei den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung stehen die Mehrwertsteuererhöhung, höhere Beiträge zur gesetzlichen Renten- und zur gesetzlichen Krankenversicherung sowie die Kürzung verschiedener Steuervergünstigungen gegenüber. Die privaten Konsumausgaben werden unter diesen Bedingungen ihre

Erholung vom Vorjahr nicht weiter fortsetzen, sondern ebenfalls leicht rückläufig sein. Gleichzeitig entfalten die Zinserhöhungen vom Vorjahr erste Bremswirkungen bei den Investitionen; allerdings dürften die günstigeren Abschreibungsregeln hier weiter stimulierend wirken. Auf außenwirtschaftlicher Seite profitieren die Exporte zwar von der Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit infolge der niedrigeren Beiträge zur Sozialversicherung; zudem werden die Importe durch die höhere Mehrwertsteuer gebremst. Gleichzeitig kühlt sich aber die Konjunktur bei den Handelspartnern ab, und die derzeit noch stimulierenden Effekte der Abwertung des Euro entfallen. Alles in allen werden damit auch die außenwirtschaftlichen Impulse geringer. Zum Jahresende dürfte die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung wieder unter die im Vorjahr erreichte Normalauslastung sinken. Im Jahresdurchschnitt erhöht sich das reale Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2007 voraussichtlich um nur noch 1,0 Prozent.

Tabelle 7:

Quartalsdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland 2005, 2006 und 2007<sup>a</sup>

	2005				2006				2007			
	1.Q.	2.Q.	3.Q.	4.Q. <sup>b</sup>	1.Q. <sup>b</sup>	2.Q. <sup>b</sup>	3.Q. <sup>b</sup>	4.Q. <sup>b</sup>	1.Q. <sup>b</sup>	2.Q. <sup>b</sup>	3.Q. <sup>b</sup>	4.Q. <sup>b</sup>
Bruttoinlandsprodukt	2,4	0,9	2,5	0,4	2,4	2,1	1,4	2,0	-0,2	1,5	1,4	1,3
Private Konsumausgaben	-1,7	-0,5	-0,7	0,0	0,5	1,0	1,5	2,5	-3,3	0,0	0,0	0,0
Konsumausgaben des Staates	0,9	4,9	1,6	-4,0	0,8	0,8	0,8	0,0	0,5	0,5	0,5	0,5
Ausrüstungsinvestitionen	6,5	2,5	16,2	-0,9	9,4	8,3	6,3	4,3	3,3	2,3	1,3	1,8
Bauinvestitionen	-12,5	-0,4	4,5	0,4	2,7	3,2	2,3	1,4	1,0	0,4	0,1	0,3
Sonstige Anlagen	-2,1	1,4	2,3	1,4	9,7	8,5	6,5	4,5	3,5	2,5	1,5	2,0
Vorratsveränderungen <sup>c</sup>	-0,7	1,5	-0,4	-0,9	0,8	0,3	-0,2	0,0	0,0	-0,1	0,0	0,1
Inländische Verwendung	-2,5	2,3	1,1	-1,8	2,4	2,1	1,6	2,1	-1,5	0,2	0,3	0,4
Ausfuhr	8,7	4,7	20,2	4,0	15,1	4,6	7,0	7,0	8,0	7,0	7,0	6,0
Einfuhr	-4,5	9,6	18,8	-1,0	17,0	5,0	8,5	8,0	5,5	4,5	5,0	4,5
Beschäftigte Arbeitnehmer im Inland <sup>d</sup>	34 469	34 411	34 471	34 522	34 587	34 647	34 727	34 767	34 797	34 817	34 832	34 847
Arbeitslose <sup>d,e</sup>	4 827	4 847	4 794	4 737	4 697	4 637	4 572	4 532	4 502	4 472	4 449	4 434

<sup>a</sup>Kettenindizes. Saison- und arbeitstäglich bereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorquartal auf Jahresrate hochgerechnet (Prozent). — <sup>b</sup>Prognose. — <sup>c</sup>Lundberg-Komponente. — <sup>d</sup>In 1 000 Personen. — <sup>e</sup>Aufgrund von technischen Problemen kam es von Januar bis August 2005 zu einer Untererfassung der Arbeitslosigkeit (Bundesagentur für Arbeit 2005) in einer Höhe von knapp 80 000 Personen im Monatsdurchschnitt. In den ausgewiesenen Zahlen ist die Personengruppe enthalten.

Quelle: Deutsche Bundesbank, *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen* (Ifd. Jgg.); eigene Berechnungen und Prognosen.

Tabelle 8:  
Jahresdaten zur wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland 2004–2007

	2004	2004	2005 <sup>a</sup>	2006 <sup>a</sup>	2007 <sup>a</sup>
	Mrd. €	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent			
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in Vorjahrespreisen					
Bruttoinlandsprodukt		1,6	0,8	1,5	1,0
Private Konsumausgaben		0,6	-0,3	0,4	-0,1
Konsumausgaben des Staates		-1,6	-0,3	0,2	0,5
Anlageinvestitionen		-0,2	-0,3	4,0	2,0
Ausrüstungsinvestitionen		2,6	5,2	6,3	3,0
Bauinvestitionen		-2,3	-4,4	2,0	0,9
Sonstige Anlagen		1,8	1,8	5,7	3,8
Vorratsveränderung <sup>b</sup>		0,5	0,2	0,1	-0,1
Ausfuhr		9,3	6,4	8,9	6,7
Einfuhr		7,0	4,7	8,8	5,7
Außenbeitrag <sup>b</sup>		1,1	0,9	0,5	0,7
Verwendung des Bruttoinlandsprodukts in jeweiligen Preisen					
Bruttoinlandsprodukt	2 215,7	2,4	0,9	1,9	2,0
Private Konsumausgaben	1 312,5	1,9	1,1	1,8	1,9
Konsumausgaben des Staates	412,8	-0,6	0,4	0,9	1,5
Anlageinvestitionen	384,9	0,1	-0,2	4,1	2,3
Ausrüstungsinvestitionen	149,4	1,7	4,3	6,0	3,0
Bauinvestitionen	63,3	-1,1	-3,5	2,5	1,7
Sonstige Anlagen	24,9	1,4	1,6	4,6	2,8
Vorratsveränderung (Mrd. €)	-4,0	-4,0	-5,5	4,5	2,1
Ausfuhr	842,8	9,1	7,3	9,7	6,3
Einfuhr	733,4	7,0	7,6	12,3	6,2
Außenbeitrag (Mrd. €)	109,5	109,5	115,9	106,5	113,8
Bruttonationaleinkommen	2 216,0	3,2	1,2	1,8	2,1
Deflatoren					
Bruttoinlandsprodukt		0,8	0,1	0,4	1,0
Private Konsumausgaben		1,4	1,4	1,4	2,0
Konsumausgaben des Staates		0,9	0,7	0,7	1,0
Ausrüstungsinvestitionen		-1,0	-0,8	-0,3	0,0
Bauinvestitionen		1,3	0,9	0,5	0,8
Sonstige Anlagen		-0,2	-0,2	-1,1	-1,0
Ausfuhr		-0,2	0,9	0,7	-0,4
Einfuhr		0,0	2,8	3,2	0,5
<i>Nachrichtlich: Verbraucherpreise</i>		1,6	2,0	1,7	2,1
Einkommensverteilung					
Volkseinkommen	1 658,3	3,6	1,1	1,8	1,3
Arbeitnehmerentgelt	1 134,5	0,3	-0,6	0,2	0,9
in Prozent des Volkseinkommens		68,4	67,3	66,2	65,9
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	523,8	11,7	4,8	5,2	2,0
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	1 447,4	2,1	1,0	1,6	1,8
Sparquote		10,5	10,4	10,3	10,3
Lohnstückkosten, real <sup>c</sup>		-1,7	-1,1	-1,6	-1,1
Produktivität <sup>d</sup>		0,9	1,4	1,6	1,1
Arbeitslose (1 000)		4 381	4 800	4 609	4 464
Arbeitslosenquote (Prozent)		10,5	11,7	11,2	10,9
Erwerbstätige <sup>e</sup> (1 000)		38 868	38 846	39 125	39 295
Finanzierungssaldo des Staates					
in Mrd. €		-81,2	-77,8	-74,5	-61,8
in Prozent des Bruttoinlandsprodukts		-3,7	-3,5	-3,3	-2,7
Schuldenstand <sup>f</sup>		65,5	67,1	67,9	68,0

<sup>a</sup>Prognose. — <sup>b</sup>Lundberg-Komponente. — <sup>c</sup>Arbeitnehmerentgelt je Beschäftigten bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen. — <sup>d</sup>Bruttoinlandsprodukt festen Preisen je geleisteter Erwerbstätigenstunde. — <sup>e</sup>Inlandskonzept. — <sup>f</sup>In Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Quelle: Statistisches Bundesamt, *Fachserie 18, Reihe 1.3* (lfd. Jgg.); eigene Schätzungen und Prognosen.

## Literatur

- Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (2005). Via Internet (30. November 2005) <<http://www.hsl.de/erwerbstaetigenrechnung/laenderdaten.htm>>.
- Boss, A., N. Jannsen, C.-P. Meier, F. Oskamp, B. Sander und J. Scheide (2005). Exportlastige Konjunkturerholung in Deutschland. *Die Weltwirtschaft* (3): 288–320.
- Bundesagentur für Arbeit (2005). *Monatsbericht* (Oktober). Nürnberg.
- Bundesagentur für Arbeit (lfd. Jgg.). *Amtliche Nachrichten*. Nürnberg.
- Bundesagentur für Arbeit (lfd. Jgg.). *Arbeitsmarkt in Zahlen – Beschäftigung in Deutschland – Monatszahlen*. Nürnberg.
- CDU, CSU und SPD (2005). Gemeinsam für Deutschland – mit Mut und Menschlichkeit. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD. Via Internet (15. November 2005) <[http://blog.nrwspd.de/images/05\\_11\\_11\\_Koalitionsvertrag.pdf](http://blog.nrwspd.de/images/05_11_11_Koalitionsvertrag.pdf)>.
- Deutsche Bundesbank (lfd. Jgg.). *Monatsbericht*. Frankfurt am Main.
- Deutsche Bundesbank (lfd. Jgg.). *Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen*. Frankfurt am Main.
- EZB (Europäische Zentralbank) (lfd. Jgg.). *Monatsbericht*. Frankfurt am Main.
- Gern, K.-J., F. Oskamp, B. Sander und J. Scheide (2005). Aufschwung in den Industrieländern bleibt vorerst intakt. *Die Weltwirtschaft* (4). In diesem Heft.
- IMF (International Monetary Fund) (lfd. Jgg.). *International Financial Statistics*. Washington, D.C.
- ifo (ifo Institut für Wirtschaftsforschung e.V.) (lfd. Jgg.). *ifo-Konjunkturperspektiven*. München.
- Statistisches Bundesamt (2005). *Pressemitteilung* 297. Wiesbaden, 12. Juli.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.2: Vierteljahresergebnisse der Inlandsproduktsberechnung*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1.3: Konten und Standardtabellen. Hauptbericht*. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (lfd. Jgg.). *Wirtschaft und Statistik*. Stuttgart.